



Bericht aus Berlin

Mein Newsletter

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine weitere Sitzungswoche neigt sich dem Ende zu. Außerhalb des Parlaments finden erste zaghafte Annäherungsversuche zwischen SPD und CDU statt, innerhalb des Parlaments werden erste Entscheidungen getroffen und Anträge behandelt.

Das Aus von Jamaika wurde und wird begleitet von sinkenden Umfragewerten unserer Partei und unseres Parteivorsitzenden Christian Lindner. In beiden Punkten hat Christian Lindner gemahnt, Ruhe zu bewahren. Die Umfragewerte liegen aktuell stabil auf dem Niveau aus der Zeit unmittelbar vor der Wahl. Zumindest diejenigen, die sich bereits vor der Wahl zur FDP bekannt haben, bekennen sich weiter zur FDP. Und gerade bei den überzeugten FDP-Anhängern konnten wir unsere Basis noch stärken. Seit dem Jamaika-Aus haben wir erneut eine Zunahme der Parteieintritte, dabei liegt das aktuelle Verhältnis der Eintritte gegenüber den Austritten bei 5:1. Trotz einer gefühlt frostigen Lage, haben wir unsere Position eher gestärkt.

Auch die sinkenden persönlichen Umfragewerte unseres Vorsitzenden sind kein Grund zur Besorgnis. Christian Lindner hatte zu Höchstzeiten eine persönliche Zustimmung innerhalb der Bevölkerung von 45%. Es ist davon auszugehen, dass lediglich 11% (unser Wahlergebnis bei der Bundestagswahl 2017) davon eigene Sympathisanten sind, stammte die weitere Zustimmung zu Christian Lindner von Anhängern anderer Parteien. Diese sind – nach unserem Ausstieg aus den Jamaika-Verhandlungen - erklärbar enttäuscht. Die einen, weil wir nicht bereit waren, Inhalte für Posten zu tauschen und Merkel nicht die Steigbügel für ein „weiter so“ halten wollten (CDU). Die anderen, weil ihnen die Chance genommen wurde, genau das zu tun - Posten für Inhalte zu tauschen, um endlich regieren zu können (Grüne). Und die SPD, weil sie ihre voreilig eingenommene Position räumen und doch in GroKo-

Verhandlungen eintreten muss. Insoweit sind die aktuellen Zustimmungswerte für unseren Vorsitzenden nachvollziehbar.

Allerdings birgt die aktuelle Situation auch Gefahren. So wird derzeit versucht, unsere Absage an Jamaika nicht etwa mit der fehlenden inhaltlichen Übereinstimmung zu erklären. Vielmehr werden wir dargestellt, als seien wir nicht in der Lage zu regieren und hätten daher auch gar nicht gestalten wollen. Dass das Unfug ist, zeigen wir in drei Bundesländern, in welchen wir in unterschiedlichsten Konstellationen regieren. In den Ländern zeigen wir, dass wir gestalten wollen und können. Und auch im Bund haben wir mit ersten eigenen Initiativen das Heft des Handels in die Hand genommen. Dabei stehen Bürgerrechte, ein stabiles Europa und eine sachliche Umwelt- und Landwirtschaftspolitik im Zentrum der ersten Anträge.

Auch zur sog. Affäre um die Diätenerhöhung kann, will und muss ich an einer sachlichen Diskussion mitwirken. Besser als der parlamentarische Geschäftsführer Marco Buschmann kann ich es jedoch nicht sagen. In diesem Zusammenhang steht auch die unterhaltsamste Rede der Woche, dieses Mal von einer Abgeordneten der Grünen. Diese hat sich mit dem populistischen Auftreten der AfD im Bundestag zum Thema Diätenerhöhung in einer wirklich sehenswerten Art und Weise auseinandergesetzt, die ich Ihnen ebenfalls nicht vorenthalten will.

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7181794#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MTgxNzk0&mod=mediathek>

<https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7181800#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03MTgxODAwJm1vZD1tb2Q0NDIzNTY/dmlkZW9pZD03MTgxODAw&mod=mediathek>

Ich wünsche Ihnen und Ihren Lieben frohe Weihnachten und einen guten Start in das neue Jahr. Und nun viel Spaß beim Lesen, ich freue mich über Anregungen und Kommentare!

Ihre

Judith Skudelný

Bürgerrechte stärken: Vorratsdatenspeicherung abschaffen, Hasskommentare sinnvoll bekämpfen

Es ist kein Zufall, dass es sich beim ersten Gesetzentwurf der Freien Demokraten in der 19. Wahlperiode um ein Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte handelt. Dieses Thema ist nach wie vor ein Kernanliegen der FDP und es war uns ein großes Anliegen, uns damit im Deutschen Bundestag zurückzumelden. Aus Sicht der Freien Demokraten ist das Verhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit aus der Balance geraten. Der Gesetzgeber hat die Rechte der Bürgerinnen und Bürger in der vergangenen Legislaturperiode mehrfach unverhältnismäßig eingeschränkt.

Die Sicherheitspolitik der letzten Jahre wurde geprägt von Angst – Angst vor Terror, Angst vor Kriminalität, Angst vor Bedrohungen aller Art. Die Antwort der Großen Koalition auf diese Angst lautete viel zu häufig: Geringer Gewinn von Sicherheit durch die massive Einschränkung bürgerlicher Rechte. Die von den Freien Demokraten angestrebte Trendwende dagegen lautet: Maximaler Sicherheitsgewinn bei minimalem Eingriff in die Bürgerrechte.

Am 18. Dezember 2015 ist das von der Großen Koalition beschlossene Gesetz zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung in Kraft getreten. Seither stehen alle Menschen unter Generalverdacht. Von jedem Einzelnen werden höchst sensible Daten über das persönliche Kommunikationsverhalten gesammelt.

Wer kann schon garantieren, dass die Informationen in den Händen der Provider sicher sind? Experten sagen, dass die persönlichen Daten, die bei VDS massenhaft anfallen, technisch nicht angemessen vor Missbrauch geschützt werden können. Im Zeitalter von NSA-Spionage und Digitalisierung, wo Daten zunehmend zum Rohstoff der Zukunft werden, ist dies umso gefährlicher.

Der Gesetzentwurf der Freien Demokraten sieht die Aufhebung der anlasslosen, flächendeckenden Vorratsdatenspeicherung vor. Sie bringt eben keinen deutlichen Sicherheitsgewinn mit sich, aber erhebt ohne Grund eine Vielzahl von Daten unbescholtener Bürger und löst dabei lediglich eine Scheinsicherheit aus. In der Vergangenheit ist sie bereits vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig (2010) und vom Europäischen Gerichtshof für europarechtswidrig (2014 und 2017) erklärt worden. Heben wir also die anlasslose Vorratsdatenspeicherung auf und machen den Weg frei für eine anlassbezogene Datenspeicherung bei Gefährdern und gefährlichen Straftätern.

Im Sommer 2017 wurde auf den letzten Metern der vergangenen Wahlperiode außerdem mit heißer Nadel das Netzwerkdurchsetzungsgesetz gestrickt. Wir Freie Demokraten halten auch dieses Konstrukt für verfassungswidrig und europarechtswidrig. Der Widerstreit von Meinungen in der öffentlichen Debatte ist ein entscheidendes Element für eine Demokratie. Nur der Austausch unterschiedlicher Meinungen sichert und fördert die pluralistische Gesellschaft. Das gilt sowohl im direkten Dialog, über die klassischen Medien – und auch im Internet.

Ja, auch wir Freie Demokraten nehmen wahr, dass es im Internet zu einer zunehmenden Verrohung und zuweilen auch Rechtsverachtungen kommt. Dieses Problem muss man auch angehen. Aber immer unter Beachtung der Regeln und Gesetzgebungskompetenzen.

Soziale Netzwerke werden mit dem Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG) verpflichtet, rechtswidrige Inhalte innerhalb von sieben Tagen zu löschen. Die Freien Demokraten sehen es extrem kritisch, dass private Unternehmen vor die Frage gestellt werden, ob eine Meinungsäußerung rechtswidrig ist oder nicht. Sie haben diese Entscheidung, ob ein Inhalt rechtsgültig ist, unter Androhung empfindlicher Bußgelder und starrer und enger zeitlicher Fristen zu treffen. In diesem Fall ist absehbar, dass die privaten Unternehmen im Zweifelsfall nicht für die Meinungsfreiheit eintreten, sondern entsprechende Beiträge sicherheitshalber besser löschen. Und das ist keine Kleinigkeit, sondern dann ein empfindlicher Eingriff in die Grundrechte.

Im Umgang mit rechtswidrigen Inhalten müssen vielmehr Polizei und Staatsanwaltschaften strafbewehrte Postings konsequenter verfolgen. Hierzu müssen diese Behörden finanziell und personell angemessen ausgestattet werden. Gleichzeitig müssen die Betreiber ihrer Verantwortung nachkommen und Strategien zum Umgang mit Hass-Postings entwickelt.

Wir wollen die anlasslose Vorratsdatenspeicherung und das Netzwerkdurchsetzungsgesetz stoppen und somit dem Überwachungswahn der Großen Koalition einen Riegel vorschieben. Denn: Wir verteidigen unsere Freiheit nicht, indem wir sie aufgeben.

Glyphosat-Debatte: Mehr Wissenschaft, weniger Ideologie!

Die in der letzten Sitzungswoche wohl ideologischste Debatte wurde über das Umwelt-Thema Glyphosat geführt. Im Vorfeld der Sitzungswoche hatte der CSU-Landwirtschaftsminister der Zulassung von Glyphosat als Pflanzengift (Herbizit) auf EU-Ebene zugestimmt und so auch den Weg für die Nutzung in Deutschland geebnet. Parallel hierzu wurde in der Talkshow „Plasberg“ eine Diskussionsrunde über das Bienen- und Insektensterben in Deutschland geführt, welche das Thema Glyphosat in der Öffentlichkeit in unmittelbaren Zusammenhang mit dem tatsächlich stattfindenden Insektensterben in Deutschland brachte.

Glyphosat ist ein Pflanzengift, dessen Wirkstoff über die grünen Pflanzenteile aufgenommen wird. Es blockiert ein Enzym, das Pflanzen zur Herstellung bestimmter Aminosäuren benötigen. Dieses Enzym kommt im Körper von Menschen, Tieren (und damit auch der Insekten) nicht vor. Die Giftigkeit von Glyphosat für Mensch und Tier wird daher als gering eingestuft und liegt nach internationalen (toxischen) Standards unter denen von Backpulver und Salz.

Aufgrund seiner weltweiten Nutzung seit 1974 gehört Glyphosat zu den am besten untersuchten Pflanzenschutzmitteln. Das Bundesamt für Verbraucherschutz hat zuletzt 2014 festgestellt, „dass Glyphosat nach wie vor alle Kriterien erfüllt, die das EU-Recht an Pflanzenschutzmittelwirkstoffe stellt“.

Erst 2015 kam die turnusmäßige Verlängerung der Zulassung ins Stocken, nachdem eine teilweise selbstständige Einrichtung der WHO den Wirkstoff als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft hatte. Diese Einstufung entspricht dem Risikofaktor von rohem Fleisch, Frittieren bei hohen Temperaturen oder auch dem Ausüben des Friseurhandwerks. Unabhängig davon, wie hoch man dieses Risiko bewertet, wird die Einschätzung weder in Deutschland noch weltweit von anderen Instituten nicht geteilt. So haben das Bundesamt für Risikoforschung, die US-Amerikanische Umweltbehörde EPA, bis hin zur japanischen Food Safety Commission allesamt kein Krebsrisiko festgestellt.

Die FDP-Fraktion hat daher im Deutschen Bundestag einen Antrag gestellt, der die Bundesregierung dazu verpflichten soll, ihre politischen Entscheidungen an den Ergebnissen von wissenschaftlichen Untersuchungen auszurichten.

Bezüglich des Insektensterbens ist zu ergänzen, dass eine Studie vom November 2017 tatsächlich einen signifikanten Rückgang der Insektenmasse in Deutschland feststellt. Ein Rückgang an Insekten ist in ganz Europa zu beobachten. Die Studie hat dabei die „Masse“, also das Gewicht der Insekten, gemessen. Rückschlüsse auf spezifische Arten, wie bspw. Bienen, lässt die Studie nicht zu. Zudem weisen die Autoren ausdrücklich darauf hin, dass eine Ursache für den Rückgang an Insekten nicht identifiziert werden konnte. Insbesondere konnten aus den zur Verfügung stehenden Daten keine Rückschlüsse auf eine Zerstörung des Lebensraums, den Klimawandel oder Landnutzungsänderungen gezogen werden. Um die Ursachen zu ermitteln, sind Langzeitmonitoring und zusätzliche Studien notwendig, die die Ursachen des Rückgangs auch in anderen Ökosystemen analysieren. Diese Maßnahmen wird die FDP in der laufenden Legislaturperiode anstoßen!

Deutschland in Europa: Mehr haushaltspolitische Eigenverantwortung, Kampf gegen aggressive Steuervermeidung, Arbeitsteilung in der Flüchtlingspolitik

Die Freien Demokraten plädieren dafür, die haushaltspolitische Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten innerhalb der Eurozone zu stärken. In ihrem Antrag lehnen die Freien Demokraten die Vergemeinschaftung von Risiken ab. Das Ziel soll viel mehr sein, möglichst keine Steuergelder für die Rettung privater Banken zu verwenden. Insolvente Banken sollen konsequent abgewickelt werden und die Bankbilanzen von prinzipiell wettbewerbsfähigen Banken sollen um notleidende Kredite bereinigt werden.

Ein europäischer Mechanismus, der asymmetrische Schocks durch Staatsgelder abfedert, würde den Mitgliedsstaaten nur falsche Anreize setzen. In diesem Falle würden nationale Regierungen schmerzhaft finanzpolitische Entscheidungen aufschieben und stattdessen darauf hoffen, dass die Zahlungen aus dem Mechanismus ihre Reformverweigerung finanzieren. Die wirtschaftlichen und sozialen Fördermittel aus dem EU-Haushalt sind als Transferzahlungen in unseren Augen ausreichend, um die Mitgliedsstaaten in Sachen Wettbewerb und Beschäftigung aneinander anzugleichen.

In den letzten Jahren haben wir durch die Enthüllungen im Zuge von Luxleaks, den Panama Papers und jüngst den Paradise Papers erkannt, welche gigantische Dimension die aggressive Steuervermeidung großer Unternehmen erreicht hat. Natürlich setzen sich die Freien Demokraten für einen Steuerwettbewerb zwischen den Staaten ein – aber dieser Wettbewerb muss wie jeder andere auch fair bleiben. Und damit diese fairen Wettbewerbsbedingungen erreicht werden, herrscht politischer Handlungsbedarf.

Leider handelt es sich nicht um ein Problem, das Deutschland im Alleingang bewältigen kann. Selbst innerhalb der Europäischen Union sorgt die Kombination von 28 nationalen, hochkomplizierten Steuersystemen zwangsläufig für Steuerschlupflöcher. Diese werden dann eben, teilweise legal, auch genutzt. Wir sagen ganz klar: Ein Binnenmarkt mit freier Bewegung von Kapital benötigt verbindliche gemeinsame Regeln in der Unternehmensbesteuerung. Dabei setzen wir uns keineswegs für ein einheitliches Steuersystem ein. Wettbewerb zwischen den Staaten durch unterschiedliche Steuersätze halten wir für legitim, aber er muss innerhalb eines klar gesteckten Rahmens stattfinden.

Trotzdem kann Deutschland schon jetzt tätig werden. Der Standort Deutschland verliert im internationalen Vergleich massiv an Boden. Im Ranking des schweizerischen IMD World Competitiveness Center ist die Bundesrepublik mittlerweile von den USA und den asiatischen Tigerstaaten wie Hongkong und Singapur abgehängt worden, liegt aber auch hinter etlichen europäischen Ländern wie den Niederlanden und Dänemark zurück. Als Grund geben die Forscher vor allem die hiesige Steuerpolitik und die extrem hohe Belastung der Arbeitgeber mit Lohnnebenkosten an. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland mit seiner tatsächlichen Steuerbelastung für Unternehmen nach wie vor im oberen Drittel. Damit Deutschland als Produktionsstandort dauerhaft attraktiv bleibt, gilt es, die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen regelmäßig kritisch zu überprüfen. Niedrige Steuersätze, ein vereinfachtes Steuersystem und der Abbau unnötiger Bürokratie würden den Standort Deutschland stärken und dafür sorgen, dass wir auch weiter der wirtschaftliche Motor der EU bleiben.

Was sonst noch geschah...

Der US-Präsident Donald Trump hat am 6. Dezember Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkannt. Die israelische Regierung jubelte, arabische Regierungen der Nachbarländer kritisierten Trumps Schritt. Auch die Reaktionen anderer Staaten auf Washingtons Alleingang waren von Verständnislosigkeit geprägt. Viele Anrainer in Nahost, aber auch Länder wie Frankreich oder Deutschland verweisen auf das riesige Eskalationspotenzial nach Donald Trumps Entscheidung. Warum Donald Trumps Entscheidung auf so starken Gegenwind stößt und Jerusalem die Lunte am Pulverfass Nahost ist, wird deutlich wenn man sich seiner geschichtlichen und politischen Bedeutung bewusst wird.

In der Altstadt liegt der Tempelberg, der sowohl bei den Juden als auch den Muslimen als heilig gilt. Diese heilige Stätte befindet sich in Ost-Jerusalem, welches im Jahr 1967 nach einem Sechstagekrieg von Israel gewaltsam erobert wurde. Die Palästinenser fühlen sich seit jeher aus ihrer Heimat vertrieben. Aus diesem Grund ist die Annexion international nicht anerkannt worden und damit wird auch Jerusalem nicht als Hauptstadt Israels gesehen - außer von Israel selbst.

Wenig überraschend also, dass die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels durch die USA als erster Staat überhaupt für die arabische Welt wie ein Schlag ins Gesicht wirkt. Auch die bei uns wohnenden Araber können den Vorstoß der USA keinesfalls nachvollziehen. Der ohnehin schon latent vorhandene Antisemitismus findet nun sein Ventil in brennenden israelischen Flaggen.

Wenige Tage nach der Verkündung des US-Präsidenten kam der UN-Sicherheitsrat in New York zusammen, um über einen Resolutionsentwurf von Ägypten abzustimmen. Dieser erklärt die Entscheidung Trumps als rechtlich wirkungslos.

Das Ergebnis der Abstimmung war ziemlich eindeutig: die Vereinigten Staaten legten ein Veto gegen die Resolution ein und isolierten sich damit von den anderen 14 Mitgliedsstaaten.

Wie es nun weitergeht und was sich Washington von diesem Alleingang verspricht und/oder vorstellt bleibt unklar. Fakt ist, dass Deutschland, eine israelfreundliche Politik verfolgt und sich nun darüber Gedanken machen muss, ob es ebenfalls Jerusalem als Hauptstadt anerkennt. Ein Großteil der deutschen Bevölkerung lehnt dies, laut einer Umfrage der WELT, allerdings ab.

Die kommenden Wochen werden zeigen, welche langfristigen Auswirkungen Donald Trumps Entscheidung haben wird. Auch nach über zwei Jahrzehnten sind sich Israel und Palästina nicht näher gekommen und Friedensgespräche wurden immer wieder abgebrochen. Nachhaltige Fortschritte wurden nicht erzielt, auch wenn es durchaus Annäherungen an einige arabische Staaten gab. Ob der Schritt des US-Präsident Donald Trump der Richtige war, um einen Fortschritt bei der Frage um Jerusalem und den Friedensprozess zu erzielen, ist fraglich.